

Horst Kahrs
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Institut für Gesellschaftsanalyse
23. März 2012

Ausblicke ins Wahljahr 2013

Welche gesellschaftlichen und politischen Debatten und Konflikte werden das Wahljahr 2013 prägen? Gute Antworten verlangen politisches Gespür oder Analyse oder beides. In jedem Fall gilt: Begründete Prognosen haben bei allen Unterschieden in der Sache einige Gemeinsamkeiten: Sie verlängern Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft und bringen so, oft hinterrücks, ein hohes Maß an Stabilität bzw. Berechenbarkeit in Anschlag. Die Zukunft können sie gleichwohl nicht vorweg nehmen. Prognosen sind notwendigerweise immer parteiisch, interessiert, ordnend und zuweilen auch absichtsvoll handlungsleitend. Ihre Haltbarkeit ist zeitlich beschränkt. Das gilt erst recht in Zeiten einer „Großen Krise“¹ des Kapitalismus, in der die bekannten Erfahrungswelten überraschend überschritten werden können. In diesem Text werden verschiedene Aspekte zusammen getragen, die die politischen Auseinandersetzungen bis zu den nächsten Bundestagswahlen prägen können. Im Teil zur polit-ökonomischen Lage geht es vor allem um Aspekte der politischen Rahmung und Formierung von Interessen im Krisenmanagement und darin angelegte politische Konfliktlinien. Im zweiten Teil werden als Aspekte der geistigen Situation Grundelemente des Alltagsbewusstseins zusammengetragen. Unter Aspekte der politischen Situation geht es um einige Eckpunkte des parteipolitischen Handlungsfeldes.

Aspekte der politisch-ökonomischen Lage in Deutschland

(1) Wie wird sich in den kommenden 18 Monaten die wirtschaftliche Lage Deutschland entwickeln? Die gegenwärtig wahrscheinlichste Annahme lautet: Die weltwirtschaftliche Entwicklung bleibt krisenhaft, eine mittel- und längerfristig wirkende globale wirtschaftliche Erholung ist nicht in Sicht, die multipolaren Auseinandersetzungen um weltwirtschaftlichen Einfluss gewinnen an Vehemenz. In Deutschland, am deutschen Finanzmarkt wird die Krise weiterhin pragmatisch verwaltet und einzudämmen versucht. Der Bundesregierung gelingt es, zentrale Aspekte einer akuten Krise von der deutschen Bevölkerung fern zu halten. Daher gelten die Kanzlerin und ihre Getreuen über Parteigrenzen hinweg vielen als Garanten des deutschen Erfolgsmodells, vorsichtigen und behutsamen Krisenmanagements bei unterschiedlicher deutscher Interessenwahrnehmung, die als „Gläubigerinteressen“² zusammengefasst werden.

Die Große Krise bzw. das, was im vorherrschenden öffentlichen Krisendiskurs darunter verstanden wird, spielt sich weiterhin vornehmlich in den abendlichen Nachrichten aus anderen Ländern ab. Die Nachrichten von dort entsprechen eher den Vorstellungen von einer Großen Krise, wie sie im kollektiven Gedächtnis abgelagert ist. Irgendwie scheint Deutschland wenn nicht zu den Krisengewinnern, so doch zumindest zu den Ländern zu zählen, die ohne Schaden durch die Krise steuern. Für die eigene wirtschaftliche Lage gilt das nicht unbedingt, und ob das so bleibt, ist auch unsicher. Die individuelle Krisenwahrnehmung bleibt pathologisch. Lernprozesse bleiben blo-

¹ Den Begriff der „Großen Krise“ übernehme ich von: Joachim Bischoff, Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Gerd Siebecke: Die Große Krise. Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie, Hamburg 2010.

² Den Begriff „Gläubigerinteressen“ verwende ich hier anstelle in der linken ökonomischen Analyse üblicher Begriffe wie Finanzkapital, Geldkapital, fiktives Kapital. Er verweist darauf, dass der Kredit Gläubiger und Schuldner auch als soziale Figuren setzt und über die komplexen Formen des Geldkapitals die volkswirtschaftliche Perspektive des Gläubigers eine „Massenbasis“ bekommen und so zu einer politischen Größe werden kann. Darüber hinaus liegt es nahe, wenn allenthalben von einer „(Staats-)Schuldenkrise“ gesprochen wird, den Antagonismus Gläubiger und Schuldner aufzugreifen.

kiert, weil die entscheidenden Kräfte („die Märkte“) so weit weg und undurchsichtig erscheinen, dass es nahezu unmöglich ist, zu bestimmen, was den eigenen Interessen dienlich wäre. Die Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Aussichten bleiben gespalten. Die Perspektiven für mittlere und obere Schichten einerseits sowie mittlere und untere Schichten andererseits bleiben vielfach unterschiedlich.

Unter diesen Vorzeichen geht die Politik der Ausgabenkürzung auch in Deutschland unter dem Etikett „Schuldenbremse“ in eine neue Runde. Es gab und gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen materieller Lage, Erkenntnisfähigkeit und Handlungsbereitschaft. Der ideologische und politische Erfolg des Neoliberalismus gründete auf der Erkenntnis, dass es auf die „richtige“ wirtschaftliche Analyse nicht ankommt, sondern auf eine Interpretation der wirtschaftlichen Gegebenheiten, die Haltungen und Interessen zu formieren vermag. Deshalb blieben erhebliche Unterschiede zwischen neoliberal strukturierten Volkswirtschaften bestehen. Auf der erfolgreichen Fähigkeit zur nicht mehr ideologischen, sondern allein machtpolitischen Formierung von Kräften in der Krise gründet die gegenwärtige Krisenpolitik und das politische Überleben alter neoliberalen Eliten. Erfolgreiches Krisenmanagement hat nicht notwendiger Weise die Überwindung der Krise zum Ziel.

(2) Die aktuelle Krise 2011/12 ist die Fortsetzung der Finanzkrise als „Schuldenkrise“ und „Eurokrise“. Sie wird bis weit ins kommende Jahr reichen. Nachdem die Staaten 2007/2008 als letzte Sicherheit für marode Banken einsprangen und sich mit gigantischen Konjunkturprogrammen verschuldeten, fragten die Gläubiger nach der Sicherheit dieser Kredite.

„Die globale Wirtschaftskrise war noch lange nicht vorbei, als die Gläubiger begannen, lautstark eine Rückkehr zu solidem Geld durch fiskalpolitische Strenge zu fordern, um sich die Gewißheit zu verschaffen, daß ihre stark angestiegenen Investitionen in Staatsschulden nicht verloren sein würden.“³

Die Hauptwette lautet: Wie weit sind die nationalen Regierungen in der Lage, aus ihren Volkswirtschaften die über Anleihen erworbenen Ansprüche auf zukünftige Steuern durch eine Politik der Haushaltskonsolidierung („Sparen“) herauszupressen? Dass in dieser Form Europa zum Schauplatz wurde, hat etwas mit dem verletzlichen innereuropäischen Gefüge und seinen wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu tun sowie mit den Auseinandersetzungen um die globale Neuordnung, die seit dem Beginn dieses Jahrhunderts mit dem Aufstieg neuer Wirtschaftsräume in eine neue Phase getreten sind.

(3) Zur massiven Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative. Der Kern der (Finanz-)Krise ist eine über lange Jahre gewachsene gewaltige Überakkumulation, die durch den Aufstieg neuer Wirtschaftsräume keineswegs beseitigt wird.

„Die kapitalistischen Gesellschaften sind zu reich geworden, um diesen Reichtum immer noch weiter verwerten zu können. Zur Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative. Diese kann in Prozessen der Zerstörung ganzer Volkswirtschaften, einzelner Unternehmen oder Schuldentitel stattfinden, in einem Prozess der schleichenden Inflation oder aber in einem demokratisch organisierten Prozess, in dem über Eigentumsansprüche kollektiv nachgedacht und entschieden wird, um sie gezielt zu annullieren oder zu bestätigen. Dies kann in der Schließung von Industriebetrieben oder Banken bestehen, in der Einführung von Zwangsanleihen oder in der Überführung von Privateigentum in öffentliches Eigentum.“⁴

Die bevorstehende massive Entwertung realer und spekulativer Werte lässt sich hinauszögern. Ihre Verteilung und Form lässt sich beeinflussen, in Maßen steuern. Man kann durch immer neue Bürgschaften und Anrechte die Bedrohung der Krise aufrechtzuerhalten. Die Krise als Dauerzustand ist bis auf weiteres offenbar der beste Rahmen, um diese Balance im Interesse der Vermö-

³ Wolfgang Streeck, Die Krisen des demokratischen Kapitalismus. Inflation, staatliche Defizite, private Verschuldung, faule Kredite; in: Lettre international, 95, Januar 2012, S. 11.

⁴ Alex Demirovic, Thomas Sablowski: Die Krise des Krisenmanagements; in: ak – analyse&kritik – Nr. 570, S. 23.

gensbesitzer zu finden. Aus deutscher Sicht gelingt es bisher hervorragend, das gesellschaftliche Zerstörungspotential fernzuhalten.⁵

(4) Kern des europäischen Krisenmanagements sind gläubigerorientierte Grundsätze. Oberstes Anliegen ist die Sicherung des Schuldendienstes. „Gläubiger-Politik“ bedient die darunter gebündelten Interessen und sozialpsychologischen Projektionen gesellschaftlicher Gruppen. Mögen die persönlichen Schulden, Konsumentenkredite auch noch so drücken, nach außen sind „wir“ eine Gläubiger-Gesellschaft, bei der die anderen in der Kreide stehen. Diese politische Formierung dürfte vorerst dominant bleiben und relative politische Stabilität ermöglichen. Sie ist auch der Rahmen für mögliche große Koalitionen, deren Zweck einzig und allein darin besteht, die „Übergabe der politischen Kontrolle an eine Gläubigerklasse“ (Michael Hudson) nicht rückgängig zu machen. Mit der Finanzkrise gelingt es seit Jahren, die Interessen des Geldkapitals, der Vermögensbesitzer (bzw. Interessen der Arbeitnehmer als Vermögensbesitzer) - ökonomisch also die Interessen der Verwertung nach der Bewegung G-G' - ganz oben auf der politischen Agenda zu halten. Die vorherrschenden Krisenbewältigungsdiskurse des politischen Betriebs stärken so seit Jahren die Agenda der großen, aber auch der kleinen Vermögensbesitzer, die Perspektive und die Interessen des Geldkapitals. Das wird noch durch jede Politik unterstrichen, die die Bewältigung der Finanzkrise zur Bedingung aller anderen Politik erklärt.⁶

Zu den Wesensmerkmalen dieser Gläubigerpolitik zählen die „unabhängige“ Zentralbank und der Grundsatz „Schulden sind besser als Steuern“. Die Unabhängigkeit der Zentralbank entzieht wesentliche Instrumente wirtschaftlicher Planung und Steuerung wie Kreditschöpfung und –allokation der Reichweite demokratischen Mehrheitsentscheidungen.

„Die Vorstellung, wonach eine unabhängige Zentralbank ‚das Kennzeichen der Demokratie‘ sei, ist eine euphemistische Umschreibung der Tatsache, dass man die wichtigste politische Entscheidung – die Geld- und Kreditschöpfung – dem Finanzsektor überlässt. Die organisierte Bankenrettung ist heute für den größten Teil der wachsenden Staatsverschuldung verantwortlich. Diktiert wurde all das von Vertretern des Finanzsektors, die euphemistisch als Technokraten bezeichnet werden. Von Lobbyisten der Gläubiger designiert, sollen sie berechnen, wie viel Arbeitslosigkeit und Abschwung nötig sind, um einen Überschuss zu erzielen, mit dem sich die heute in den Büchern befindlichen Schulden bezahlen lassen. Das Absurde an dieser Berechnung ist die Tatsache, dass eine schrumpfende Wirtschaft – eine Schuldendeflation – die Schuldenlast noch unbezahlbarer macht.“

„Damit verlegt sich die internationale Finanzwelt auf eine neue Art von Kriegführung, die dasselbe Ziel verfolgt wie in früheren Zeiten die militärische Eroberung: die Aneignung von Land und Bodenschätzen, die Übernahme staatlicher Infrastruktur und die Erhebung von Tributzahlungen.“⁷

Jeder Gläubiger weiß, dass es zwei Arten von Schulden gibt: diejenigen, die dauerhaft bedient werden können, und diejenigen, die nicht bezahlt werden können, die aus einer Volkswirtschaft realistisch nicht herausgepresst werden können. Die Gläubiger brauchen staatliche Stabilität, dürfen es nicht zum Staatsbankrott kommen lassen; sie brauchen sprudelnde Steuereinnahmen trotz Austeritätspolitik. Wolfgang Streeck spricht in diesem Zusammenhang vom „Drama demokratischer Staaten (...), die in Inkassoagenturen im Auftrag einer globalen Oligarchie von Investoren verwandelt wurden“:

⁵ Und zugleich die individuelle, persönliche Dauerkrise für viele aufrechtzuerhalten. Der Blick über die Grenzen scheint im Nachgang zu bestätigen: Wer über seine Verhältnisse lebt, dem drohen Armut und soziale Deklassierung. Deshalb ist der Ausgang der aktuellen Lohnrunden von doppelter Bedeutung: ökonomisch für die Aussichten auf einen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa und politisch und sozialpsychologisch für die Stabilität der Politik mit der Krise.

⁶ Der aktuelle Tarifkampf im öffentlichen Dienst hat unter diesem Aspekt eine immens politische Dimension. „Die nächsten Milliarden für uns!“ (Frank Bsirske) setzt darauf, die Logik der leeren Kassen zu durchbrechen, die eine Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst nicht hergeben würden. „Wenn wir uns diese Logik zu eigen machen, müssen wir in 20 Jahren noch Geld mitbringen, um arbeiten zu dürfen.“ (Frank Bsirske, Berliner Zeitung, 23.03.2012, S. 10)

⁷ Michael Hudson, Was sind Schulden? FAZ, 01.12.2012

„Die Frage ist jetzt, wie weit die Staaten gehen können bei der Durchsetzung der Verfügungsrechte und Profiterwartungen der Märkte gegenüber ihren Bürgern, um zu vermeiden, Bankrott anmelden zu müssen, ohne gleichzeitig den Rest von demokratischer Legitimität, der ihnen geblieben ist, aufs Spiel zu setzen.“⁸

Die Erwartungen „der (Finanz-)Märkte“ selbst sind doppelter Natur, sie verlangen fiskalpolitische Konsolidierung und zugleich eine realistische Aussicht auf künftiges Wachstum, d.h. aktuellen Schuldendienst und einen lebensfähigen Schuldner. Was wann die Erwartungen dominiert, zählt ebenso zu den politischen Ungewissheiten wie der Zeitpunkt, „an dem ausländische wie inländische Gläubiger anfangen würden, sich um die Rückzahlung ihres Geldes Sorgen zu machen“ (Streeck).

(5) Die innenpolitischen Rückwirkungen dieser Ungewissheiten sind: die Auseinandersetzungen über die „Vergemeinschaftung der Schulden“, über das Verhältnis zu den Schuldnerländern, den Euro und Europa, die Belastung des staatlichen Haushaltes mit sozialisierten Schuldendiensten, um die „Bonität“ deutscher Staatsanleihen – und damit geht es auch um die Interessen breiter Schichten inländischer Vermögensanleger. Die Interessen der Vermögensbesitzer sind keineswegs auf 1% der Bevölkerung beschränkt, sie ragen bis weit in die Mittel- und Arbeitnehmerschichten hinein. Breite Bevölkerungsschichten sind über viele „unsichtbare Fäden der Verwertung“ eingebunden, als Lohnarbeitende, als Verbraucher, als Konsumenten, als Kleinvermögensbesitzer. Staatsanleihen, private (Renten-)Versicherungen, Hauskredite, Konsumentenkredite sind die wichtigsten Instrumente. Die Kleineigentümer blicken mit Sorge auf den drohenden Wertverfall der Überschussbeteiligungen und den Zahlungsausfall bei staatlichen Anleihen – gerade auch wenn sie sich in ihrer Rolle als Arbeitnehmer wenig – etwa von Arbeitslosigkeit - bedroht fühlen.

(6) Staatsverschuldung ist der erklärte Verzicht auf angemessene progressive Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen bei wachsender Einkommensungleichheit.⁹ Der privatisierte Reichtum sucht sowohl nach hochriskanten als auch nach risikoarmen Anlageformen, darunter gerne Staatsanleihen. In den 1980er und 1990er Jahren gab es unter liberalkonservativen Regierungen zwei Schübe im Anstieg deutscher Staatsverschuldung wie auch wieder gegenwärtig. Es sind konservative Regierungen, die die Staatsverschuldung einer Besteuerung ihrer Klientel vorziehen. Staatsanleihen sind die angenehmere Form der Abschöpfung von volkswirtschaftlich überflüssigem Reichtum, weil mit garantierten Zinseinnahmen verbunden. Gleichzeitig gingen die öffentlichen Investitionen und Sozialinvestitionen¹⁰ (Investitionen bzw. Ausgaben für Humankapital: Bildung, Forschung und Entwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Familien) zurück. Die überwältigende Mehrheit der demokratischen Parteien in Deutschland hat sich mit der grundgesetzlichen „Schuldenbremse“ auf Jahrzehnte der Austeritätspolitik, der Haushaltskonsolidierung, verpflichtet. Haushaltskonsolidierung bedeutet Priorität für den (zunächst) wachsenden Schuldendienst und dramatische Schrumpfung der politisch verfügbaren, also nicht durch Rechtstitel gebundenen Haushaltsmittel. Daraus folgt: Abbau von staatlichen Leistungen und Investitionen auf dem einen Pol politischer Handlungsmöglichkeiten (Ausgabenkürzungen), Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben auf dem anderen Pol (Einnahmeerhöhungen).

⁸ Wolfgang Streeck, Die Krisen des demokratischen Kapitalismus. Inflation, staatliche Defizite, private Verschuldung, faule Kredite; in: Lettre international, 95, Januar 2012, S. 13.

⁹ Eine zweite Form ist die wachsende private Verschuldung (z.B. durch Konsumentenkredite), die die rasch wachsende Ungleichheit der Kaufkraft zunächst ausgleicht: „Die rasch wachsende Ungleichheit der Einkommen (...) wurde ausgeglichen durch beispiellose neue Gelegenheiten für Bürger und Firmen, sich zu verschulden. Der treffende Ausdruck „privatisierter Keynesianismus“ wurde geprägt, um die faktische Ersetzung der öffentlichen durch private Schulden zu beschreiben.“ (Streeck, a.a.O., S. 10)

¹⁰ Daniel Mertens, Wolfgang Streeck: Düstere neue Welt: Fiskalische Austerität und öffentliche Investitionen; in: ökonomenstimme, <http://oekonomenstimme.org/a/261/>, Oktober 2011: „Diese Ausgaben dienen in aller Regel dem Aufbau von ‚Humankapital‘ und Innovationsfähigkeit, bezwecken die gesellschaftliche Inklusion von Kindern einkommensschwacher und Einwandererfamilien und zielen darauf, die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und soziale Gleichheit herzustellen.“

Tatsächlich träfe jedoch ein möglicher Mix aus beidem die Mittel- und Unterschichten doppelt: als Leistungsabbau und als Erhöhung indirekter Steuern und Sozialabgaben. Daher wäre lediglich der Ersatz von Schulden durch höhere Besteuerung von hohem Einkommen und großen Vermögen eine Alternative. Diese Alternative hat bis auf weiteres jene parteipolitische Mehrheit gegen sich, die die „Schuldenbremse“ eingeführt hat.

(7) Die Krise verschärft die Tendenz zur Homogenisierung der europäischen Politiken enorm. Der Angriff auf Länder wie Irland, Griechenland, Spanien oder Portugal war im Kern keine Panikreaktion angesichts wirklicher Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit.¹¹ Es handelte sich auch nicht nur um einen Fall absurden Handels, das einem Schuldner, der in Schwierigkeiten steckt, noch mehr Schwierigkeiten durch steigende Zinssätze bereitet. Vielmehr zeigt sich, wie vorhandene wirtschaftliche Ungleichgewichte in Zusammenhang mit politischen Steuerunterschieden spekulativ genutzt werden konnten. Der nächste, in der Logik der Gläubigerpolitik naheliegende Schritt der europäischen Integration ist daher der Schritt zur allgemeinen Austeritätspolitik. Deshalb erhöht sich der politische Druck enorm.

„Die politischen Erwartungen, mit denen demokratische Staaten heute von ihren neuen Herren konfrontiert werden, sind möglicherweise unerfüllbar. Internationale Märkte und Institutionen verlangen, daß sich nicht nur Regierungen, sondern auch die Bürger glaubhaft fiskalpolitischer Konsolidierung verpflichten. Parteien, die sich gegen die Sparpolitik wenden, müssen bei nationalen Wahlen eine schallende Niederlage erleiden, und Regierung wie Opposition müssen öffentlich auf „gesunde Finanzen“ verpflichtet werden, sonst werden die Kosten des Schuldendienstes steigen. Doch Wahlen, bei denen die Wähler keine wirkliche Wahl haben, könnten von ihnen als sinnlos empfunden werden, was zu allen möglichen politischen Störungen führen könnte, von sinkender Wahlbeteiligung über einen Aufstieg populistischer Parteien bis hin zu Straßenschlachten.“¹²

(8) Die neue Ausrichtung der Konfliktlinien durch die Gläubigerpolitik übersetzt Klassenkonflikte faktisch in internationale Konflikte. Sie spielt nationale Volkswirtschaften, Wirtschaftsnationen gegeneinander aus, die alle denselben Zwängen zu staatlicher Austeritätspolitik unterliegen.

„Die kleinen Leute werden aufgefordert, „Opfer“ von anderen kleinen Leuten zu verlangen, die zufällig Bürger anderer Staaten sind, statt sie von denen zu fordern, die längst wieder dazu übergegangen sind, ihre Boni einzureichen.“¹³

Diese politische Konfliktstrategie ist weder widerspruchsfrei noch alternativlos. Sie kann sich vor den nächsten spekulativen Aktionen „der Märkte“ nicht sicher wähen. Sie steht in ständiger Gefahr, den Bogen zu überspannen. Die Bruchstellen sind wenig berechenbar. Denn die moralische Ökonomie des Neoliberalismus hat ihre ideologische Bindungskraft verloren. Wenn von „Märkten“ die Rede ist, assoziieren die meisten Menschen nicht mehr Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsprinzip, sondern Unterwerfung, Bedrohung, Gefahr, Ohnmacht. Zugleich offenbart sich, dass eine moralische Ökonomie „der sozialen Gerechtigkeit“, in der die Menschen Rechte besitzen, die gegenüber den Marktprozessen Vorrang haben, mehrheitsfähig ist, gerade weil nicht mehr nur soziale Anrechte, sondern auch elementare demokratische Rechte bedroht sind. Zu den Unwägbarkeiten des herrschenden Krisenmanagements zählen zudem die Auseinandersetzungen zwischen den Kapitalfraktionen, die möglicherweise ein neues Fenster zu einer wenn auch zaghaften Finanzmarkregulation öffnen.

Wie mehrheitsfähig diese Konfliktstrategie ist, entscheidet sich vermutlich, wie so vieles, in der „Mitte der Gesellschaft“. Die Angehörigen der Mittelschicht haben einen ansehnlichen Teil ihrer Ersparnisse in Staatsanleihen, Zusatzrenten und andere Anlageformen, die mittelbar von Staatsanleihen abhängig sind, gesteckt. Sie haben einerseits ein ausgeprägtes Interesse daran, dass sich Staatsschulden als sichere Anlage erweisen. Sie wären jedoch auch diejenigen, denen die Zinseinnahmen durch etwaige Steuererhöhungen gleich welcher Art wieder entzogen würden. Gleichzei-

¹¹ Dies wäre allenfalls für Griechenland zu prüfen.

¹² Streeck 2012, S. 12f.

¹³ Ebd.

tig gründet sich ihr Lebensstandard in nicht geringem Maße auf die Verfügbarkeit öffentlicher Einrichtungen, die durch Haushaltskonsolidierung und Privatisierung teurer, schlechter oder gar nicht mehr angeboten werden.¹⁴ Das zentrale Problem der Gläubigerpolitik könnte daher darin bestehen, die Mittelschichten mehrheitlich zu binden.

(9) Die Konfliktlinien der Gläubigerpolitik bergen nicht nur innere Unwägbarkeiten und Widersprüche. Gläubigerpolitik richtet sich gegen die Schuldner und sie setzt die Interessen der Vermögensbesitzer vor diejenigen der Arbeitskraftbesitzer. Ansprüche aus Vermögensanlagen rangieren vor Ansprüchen aus Arbeit, weshalb eher Rentenansprüche gekürzt als Schuldscheine vernichtet werden. Von der Finanz- und Eurokrise oder der Schuldenkrise als zentraler politischer Herausforderung zu reden, setzt die alltägliche Krise, die seit zwanzig Jahren immer mehr Lebensplanungen erreicht hat, hinten an. Gläubigerpolitik und ihre Diskurse und Deutungen zielen immer auch darauf ab, dass die Antagonisten zu der Überzeugung kommen, politische Partizipation und Einmischung lohne sich ohnehin nicht. Unterstützend kommt die vermeintliche wie tatsächliche Komplexität hinzu.

Nach allem muss also davon ausgegangen werden, dass bei den kommenden Bundestagswahlen über die Legitimation danach verschärft einsetzender Konsolidierungspolitik direkt oder indirekt entschieden wird. Ob es eine Wahl gibt, hängt davon ab, wie stark eine antagonistische Position zu vernehmen sein wird. Antagonistisch wäre eine Position noch nicht, die das Verschuldungsproblem klein oder weg redet.¹⁵

Aspekte der geistigen Situation

(10) Die großen Meinungsumfragen (ARD-Deutschlandtrend von Infratest dimap und ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, Allensbach) zeigen in hoher Übereinstimmung seit Überwindung der Krise 2008/09 ein angesichts der vielfach beschworenen Dramatik erstaunlich pragmatisches Zukunftsbild:

Vier von fünf Befragten stimmten Anfang Februar der Aussage zu: „Der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise steht uns noch bevor“; gleichzeitig sagten zwei Drittel: „Ich persönlich bin von der Krise nicht betroffen.“ und die Hälfte machte sich Sorgen um die eigene „persönliche wirtschaftliche Zukunft“, aber über 70% erwarten für die kommenden zwölf Monate genau so viel oder mehr Geld zur Verfügung zu haben. Nur ein Viertel sagt, persönlich vom Wirtschaftswachstum zu profitieren. Zugleich schätzen zwei Drittel die allgemeine wirtschaftliche Lage als sehr gut bzw. gut ein. Die Grundstimmung im Lande ist seit 2004 mit wenigen Ausschlägen stabil: Etwa die Hälfte findet, dass die Verhältnisse in Deutschland eher Anlass zur Beunruhigung geben, gut 40% sehen eher Anlass zur Zuversicht. Mit der Wirtschaftsordnung ist die Hälfte zufrieden, die andere Hälfte unzufrieden. Dahinter steck: Drei Viertel meinen, dass die soziale Marktwirtschaft die Reichen reicher und die Armen ärmer mache und: sie „funktioniert nicht mehr so wie früher“. Gleichzeitig sagen zwei Drittel, sie sei „maßgeblich für die derzeit wirtschaftliche Lage“ und „für Deutschland immer noch am besten“. Etwa die Hälfte meint, die soziale Marktwirtschaft „ist verantwortlich für die Ungerechtigkeit in Deutschland“ und „muss grundlegend verändert werden“.¹⁶ „1992, als die Erinnerung an die Rivalität von Kapitalismus und Sozialismus noch lebendig war, assoziierten 48 Prozent der Bürger Kapitalismus mit Freiheit, heute nur noch 27 Prozent. Assoziationen mit

¹⁴ „Ausgeglichene Haushalte würden voraussetzen, daß die Staaten ihren Mittelschichten in Gestalt höherer Steuern wegnehmen müssten, was diese heute sparen und investieren, unter anderem auch in Staatsanleihen. Nicht nur würden die Bürger keine Zinsen mehr erzielen, sondern sie könnten ihre Ersparnisse auch nicht mehr an ihre Kinder vererben. Obwohl sie deshalb daran interessiert sein sollten, daß die Staaten, wenn nicht schuldenfrei, so doch in der Lage sind, ihre Verbindlichkeiten gegenüber ihren Gläubigern zuverlässig zu erfüllen, könnte dies auch zur Folge haben, daß sie für die Liquidität ihrer Regierung mit tiefen Einschnitten bei öffentlichen Hilfen und Dienstleistungen zahlen müssten, auf die sie teilweise selber angewiesen sind.“ Streeck 2012, S. 11

¹⁵ Siehe hierzu Jürgen Leibinger: Defizite der Staatsschuldendiskussion; in „sozialismus“ 2/2012, S. 39-47; und derselbe: Staatsverschuldung in der Ära des Neoliberalismus. In: *Berliner Debatte Initial* 22 (2), S. 30-47.

¹⁶ Zusammengefasst aus Umfrageergebnissen von Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen im Februar und März 2012

Fortschritt sind im selben Zeitraum sogar von 69 auf 338 Prozent zurückgegangen, die Verbindungen mit Ausbeutung dagegen von 66 auf 77 Prozent gestiegen. (...) Auch die Assoziationen zu Kapitalismus ähneln in weiten Teilen den Gedanken, die die Bürger mit Marktwirtschaft verbinden. (...) 2005, nach den Jahren der Wachstumsschwäche, war Kritik an den Unsicherheiten eines marktwirtschaftlichen Systems wesentlich verbreiteter als heute, genauso der Vorwurf, die Marktwirtschaft fördere Egoismus, der harte Konkurrenzdruck gefährde viele Unternehmen und Leistung lohne sich zu wenig. (...) Die bemerkenswert weite Zustimmung zu einer pauschalen Systemkritik gründet damit nicht in einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem System und der Vision einer überzeugenden Alternative. Vielmehr sind viele bereit, sich aufgrund von selektiven Fehlentwicklungen ohne weiteres einer Pauschalkritik anzuschließen – umso mehr, als die Menschen immer weniger gewohnt und bereit sind, Grundsatzdebatten fundiert zu führen.¹⁷ Im längerfristigen Blick schwindet die positive Systembindung, was nicht ausschließt, dass sie im Vergleich 2004/2005 wieder anwächst.

(11) Aus diesen Zahlen spricht ein hohes Maß an „gefühltem Wissen“ über die tatsächliche Unsicherheit der weiteren Entwicklungen sowie ein hohes Maß an Orientierungs- und Richtungslosigkeit. Es gibt auf der individuellen Ebene einerseits ein langfristig bestehendes Unsicherheitsgefühl und gleichzeitig eine große Gelassenheit angesichts der Flut von Hiobsbotschaften aus dem europäischen Nahraum. Die Krise wird durchaus wahrgenommen, Unkenntnis ist nicht vorherrschend, aber es herrscht kein Alarmismus, sondern das Vertrauen in die Regierenden, in die Kanzlerin wächst wieder an. Das Alltagsbewusstsein ist widersprüchlich. Die Aussagen etwa über die soziale Marktwirtschaft spiegeln eine erhebliche Ratlosigkeit darüber wieder, ob und wie Wirtschaft und Gesellschaft besser eingerichtet werden könnten. Hierbei handelt es sich nicht um kurzfristige Phänomene, wie das Alltagsbewusstsein generell nicht zu sprunghaften Veränderungen und Brüchen neigt¹⁸. Bereits 2010 vertraten Bischoff und andere die These:

„Trotz ihres ‚historischen‘ Charakters wird die neue Weltwirtschaftskrise nicht als ein Ereignis wahrgenommen, das Anlass für eine weitreichende Neuausrichtung des Alltagslebens ist, sondern von der Mehrheit der Bevölkerung als ein sozialer Kältestrom erlebt, der nicht erst „seit Lehmann“, sondern bereits seit Jahren die Zukunftsfähigkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und insbesondere des politischen Systems zunehmend skeptischer bewerten lässt. In der Krise vollzieht sich eine weitere Delegitimierung der bestehenden Sozial- und Herrschaftsverhältnisse. Die Richtung, in die Legitimationsverluste neu artikuliert werden, ist allerdings nicht vorbestimmt, sondern offen. Wohin dabei das politische Pendel ausschlägt, hängt nicht zuletzt von den sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen ab.“¹⁹

Wichtige Veränderungen im Alltagsbewusstsein fanden „vor Lehmann“, in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts statt. Seitdem gewinnt zum Beispiel die Aussage, dass die Marktwirtschaft sozialer, sozialstaatlicher (Ausgleichs)-Regeln bedarf, wieder erheblich an Zuspruch und ist Mehrheitsauffassung. Aber:

¹⁷ Renate Köcher: Das Unbehagen am Kapitalismus; in: FAZ 23.02.2012. Ergebnisse einer repräsentativen Allensbach-Umfrage.

¹⁸ „Das Alltagsbewusstsein verändert sich nur in sehr zugespitzten historisch-gesellschaftlichen oder biografischen Ausnahmesituationen, in denen die gesellschaftliche oder Klassenexistenz gleichsam komplett vom persönlichen Individuum Besitz ergreift, in Sprüngen oder abrupten Schüben. Ansonsten haben Veränderungen im Alltagsbewusstsein einen längeren Prozesscharakter, nicht den Charakter von Paradigmenwechseln oder Zäsuren.“ Bischoff u.a. 2010. S. 116

¹⁹ Bischoff u.a. 2010, S. 104

„Die Erleichterung über den Aufschwung geht einher mit der realitätsgetränkten Befürchtung, dass dies nicht so bleiben wird. (...) Der Spatz in der Hand mag sicherer sein als die Taube auf dem Dach, auch wenn der Spatz bedeutet, sich weiter zu bescheiden, auf Verbesserungen zu verzichten. Das Risiko ist schwer kalkulierbar, die Angst, später schlechter da zu stehen als vorher, die Hoffnung, die Gefahr gehe vielleicht an „mir“ vorbei, auch wenn sich unweigerlich andere treffe, subjektiv begründet. Konzentration auf die eigene Absicherung und das Machbare (...), die langfristigen Folgen werden ausgeblendet. Das Unbehagen bleibt.“²⁰

(12) Die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse ist durchaus zerbrechlich. Die potentielle Instabilität der Verhältnisse entspringt dem Versagen des Neoliberalismus in seiner Funktion als erklärende, den alltäglichen Handlungen Sinn verleihende „Alltagsreligion“ oder neutraler Alltagsorientierung. Er trifft nicht mehr die geistige Situation der Zeit, in der eine „Stimmung der Gefahr“ herrscht, ein spezifisches Gefühl des „Ausgeliefertseins an die Märkte“ und der Ohnmacht. „Die Krise wird wirklich als Mangel des Vertrauens“, schrieb Ingo Schulze kürzlich; Zukunftsangst bzw. Zukunftslosigkeit wird zum Kern des Daseins, Bedrohung, Unsicherheit, Vereinzelung, Konkurrenz, Misstrauen, Ziellosigkeit, Stress einerseits, Mangel an Solidarität, Vertrauen, Zufriedenheit, Gutes Leben, Ziele und Werte, auf die man sich verlassen kann, andererseits. Diese elementaren Begriffe der „psychischen Verfasstheit“ einer Gesellschaft sind gerade nicht Teil der linken Rede.²¹ Der permanente Krisendruck lässt die Individuen ebenso wenig unbeeindruckt und unbeschadet wie der Zweite Hauptsatz der neoliberalen Glaubenslehre, dass es so „ein Ding“ wie „Gesellschaft“ nicht gäbe; dann würde es an jeglicher Instanz, die Verlässlichkeit bzw. das Vertrauen in Verlässlichkeit herstellen kann, fehlen, die mir erlaubt in meinem Handeln darauf zu vertrauen, dass Gesetze befolgt werden, dass elementare Grundsätze und Werte geachtet werden. Die Schrecken verbreitende Kehrseite des Verlustes von Gesellschaftlichkeit waren die jüngsten riots in Großbritannien.²² Vieles deutet darauf hin, dass es in der Gesellschaft Mehrheiten für „linke“ Politik gibt. „Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wächst das Interesse an der Linken als politischer Richtung und Bewegung.“²³ Ausdruck hierfür ist die breite Zustimmung zu staatlichen Markteingriffen wie für einen gesetzlichen Mindestlohn oder eine Finanztransaktionssteuer. Doch aus gesellschaftlichen Stimmungen entstehen nicht notwendig politische Mehrheiten.

(13) Wahlentscheidungen werden in erster Linie - immer noch - auf Grundlage von Werten und Empathie getroffen, nicht nach fachlichen oder interessegeleiteten rationalen Abwägungen (Lakoff/Wehling). Politische Inhalte werden dabei mit Wertvorstellungen verknüpft wahrgenommen. Politiker, die einen Wertrahmen vermitteln können, können dann auch politische Inhalte vermitteln. Das erreicht man nicht, indem man kurzfristig auf „repräsentative“ Umfragen reagiert,

²⁰ Mario Candeias: Handlungsfähigkeit und Transformation; in: LuXemburg, 2/2011, S. 6-13, S. 10.

²¹ Wilhelm Heitmeyer beschreibt das zurückliegende Jahrzehnt als „von Entsicherung und Richtungslosigkeit im Sinne einer fehlenden sozialen Vision markiert“ (S. 19) und führt für die aktuelle positive Stimmungslage drei Ebenen der Erklärung an: (1) Vergleichsprozesse (eigene Lage – Lage in anderen Ländern; gesellschaftlicher und individueller Zustand); (2) Überkomplexität der Krisenphänomene, widersprüchliche Informationen, Kontrollverluste führen zu Ausblendung der Realität und (3) Sehnsucht nach Beruhigung durch den permanenten Krisendruck. Zumal, wenn alles drei verschmilzt, dürfte sachlich-rationale Argumentation und Aufklärung, dass und warum wir uns in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg befinden, kaum durchdringen. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt; in: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 10, Berlin 2012.

²² „Vertrauen“ in diesem Sinne – die Gesellschaft ist so eingerichtet, dass ich mich darauf verlassen kann, dass andere Verkehrsteilnehmer bei „Rot“ halten - unterscheidet sich grundsätzlich von dem Vertrauen, welches Norbert Lammert in seiner Eröffnungsrede zur 15. Bundesversammlung am 18. März 2012 vermisste: „Es gibt keine Demokratie ohne Transparenz und ohne Kontrolle. Aber Demokratie ist mehr als der Anspruch auf organisierte Transparenz. Demokratie braucht auch Vertrauen. Sie gründet auch und vor allem auf dem Vertrauen in ihre Repräsentanten. Ein auf Dauer gesetztes Misstrauen zerstört nicht nur jede persönliche Beziehung, sondern macht auch die Wahrnehmung öffentlicher Ämter unmöglich.“ Vertrauen in die demokratischen Verfahrensstrukturen ist in der Tat ein hohes Gut, doch gehört zum Funktionieren dieser Strukturen gerade das „auf Dauer gesetzte“, also institutionalisierte Misstrauen gegenüber den institutionellen wie persönlichen Repräsentanten. Das wusste immerhin noch ein Bundespräsident in den anfangs der siebziger Jahre öffentlich auszudrücken.

²³ Philippe Van Parijs: Links=sozialistisch? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2012, S.35.

sondern indem man – auch in den tagtäglichen Verlautbarungen und politischen Entscheidungen erkennbar – einen langfristigen und transformativen Ansatz verfolgt. Politikwissenschaftler sprechen dann von einem „Narrativ“ oder einer „großen Erzählung“. Heute macht sich wieder ein gesellschaftliches Bedürfnis nach „Sinn“ und „erstrebenswerten Zielen“ bemerkbar, entstanden aus der ökonomischen Sinnleere der endlosen Bewegungen der Verwertung des Werts, der Ziel- und Sinnlosigkeit der Marktbewegungen, entstanden aus dem ideologischen Bankrott des Neoliberalismus angesichts seiner unerfüllten Versprechen von erneuerten materiellen Sicherheiten.

„Ganz offensichtlich stimmt die heutige politische und wirtschaftliche Realität nicht mehr mit den Wertvorstellungen der meisten Menschen überein. Es gibt ein offensichtliches Bedürfnis nach einer stabileren Ökonomie, aber es gibt zur Zeit keine alternativen Politikangebote dafür.“²⁴

Entscheidungen für Parteien sind weniger Entscheidungen für Konzepte, die zudem oft viel zu komplex sind. Sie beziehen ihre Rationalität nicht aus unmittelbaren Interessen, sondern sie sind immer auch und zunächst Entscheidungen für Werte und Richtungen, für ein Zusammenspiel von Wert und Interesse in einer Richtung, einem Ziel, in einer Erzählung. Franz Walter fasste das „*Dilemma der Gegenwart*“ kürzlich als Zusammenspiel von Tiefe der ökonomischen Krise und Mangel an großen (wirtschafts- und gesellschaftspolitischen) Erzählungen:

„Eine Sozialgruppe und eine gut organisierte politische Formation mit originären wie eigensinnigen Konzepten zur Überwindung der tief reichenden Malaisen des klassischen Sozialismus und des neuen Kapitalismus steht nicht bereit. Im Grunde scheinen die beiden Großentwürfe für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahrzehnte gleichermaßen an ihr Ende gekommen zu sein, die marktrigide Angebotspolitik wie der versorgungsetatistische Keynesianismus. In dem Maße, wie die Finanzkrisen an Tempo und Tiefe zunehmen, in dem Maße vervielfältigen sich die materiellen Defizite des Staates. Schließlich mögen die beiden Basissysteme der letzten Jahrhunderte als Folge davon implodieren: die Märkte und der Staat. Das scheint das Fatale der letzten Jahre zu sein: Die Destruktionswucht des Kapitalismus hat sich unaufhörlich potenziert und selbstzerstörerisch gegen die eigenen Voraussetzungen gerichtet. Den möglichen Gegenbewegungen dazu fehlt es indessen an Kraft, Selbstbewusstsein, intellektueller Attraktivität und organisatorisch-kollektiver Disziplin, um einen neuen Erzählstrang zu entwickeln – und durchzusetzen.“²⁵

(14) **Es fehlt an einer neuen transformativen Vision und „Erzählung“ von einer Guten Gesellschaft**, die die Ängste, Bedrohungslagen und -gefühle der Menschen anspricht, die den erfahrenen und erwarteten Kontrollverlust über die eigenen Lebensbedingungen und Lebensplanungen aufgreift, die zugleich sowohl fest in den Werten der Gleichheit, der Gleichwertigkeit und der Solidarität verwurzelt ist als auch in den Werten der Freiheit, Würde und Selbstbestimmung. Im rechten politischen Spektrum ist eine gegenteilige „Vision“ der neulegitimierten Ungleichwertigkeit durchaus virulent und politisch greifbar, wie nicht zuletzt die Wirksamkeit der Thesen von Sarrazin und Sloterdijk mit ihren Etablierten- und Leistungsträgervorbehalten zeigen.²⁶ Eine solche Erzählung entspringt nicht allein intellektueller Anstrengung, sie muss auch Resonanz finden in aufstrebenden, anwachsenden sozialen Gruppen der Gesellschaft. Eine linke Erzählung würde politisch bedeutsam, wenn sie soziale Kräfte aus den Unter- und Mittelschichten zusammenführte

²⁴ Hennig Meyer, *Jenseits der Marktforschung*; der Freitag, 6, 9.2.2012, S. 11. Die Stiftungen von SPD und Grünen haben einige Projektlinien entwickelt wie „Sozialer Fortschritt“ oder die Ungleichheits- und Einstellungsforschung („Mentale Infrastrukturen“), die zumindest als intellektuelles Hinterland für die strategische Kommunikation auf diese Bruchlinien im „gesellschaftlichen Bewusstsein“ bezogen sind und bei Bedarf genutzt werden können.

²⁵ Franz Walter, *Das narrative Loch nach dem Ende von Keynes und Hayek*; <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/das-narrative-loch-nach-dem-ende-von-keynes-und-hayek> 07.02.2012

²⁶ Vgl. hierzu Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 9 und Folge 10, Frankfurt/M. 2011, 2012. Heitmeyer zeigt auch, dass die „Sorgen und Ängste vor Arbeitslosigkeit“ in allen Einkommensgruppen von 2009 bis 2011 deutlich gesunken und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in allen Einkommensgruppen so gut wie noch nie im vergangenen Jahrzehnt ist. Gleichwohl wurde festgestellt: „Solche Einstellungen, die die soziale Entbettung des Lebens und die Reduzierung auf Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit forcieren, haben von 2010 zu 2011 weiter zugenommen. (...) Im Jahr 2011 sind fast 37 Prozent der Befragten der Auffassung, bestimmte soziale Gruppen seien nützlicher als andere, und fast dreißig Prozent finden, dass eine Gesellschaft sich Menschen, die wenig nützlich sind, nicht leisten kann.“ (2012, S. 21).

und zu einer Gegenkraft zur „Gläubigerpolitik“ formierte, ohne sich in „Schuldnerpolitik“ zu erschöpfen.

Aspekte der Parteienpolitik

(15) **Die politischen Beteiligungsformen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt.** Politische Großorganisationen verzeichnen seit über zwanzig Jahren einen Mitgliederschwund. 1990 waren nach 3,65% der wahlberechtigten Bevölkerung Mitglied in einer Partei, 2009 nur noch 1,97%. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank von 32,5% in 1980 auf 20,8% in 2008. Langfristiges stabiles politisches Engagement in Parteien und Verbänden hat seit den 1980er Jahren stark abgenommen. Die Wahlbeteiligung weist einen ähnlichen Trend auf. Gleichzeitig werden aber andere Formen der politischen Partizipation, von Unterschriftensammlungen bis Demonstrationen, von einem durchaus beträchtlichen Teil der Bevölkerung genutzt.

„Insgesamt bestätigen die vorliegenden Daten das Bild einer Gesellschaft, in der politische Partizipation weniger in etablierten Parteien und Großorganisationen stattfindet, sondern sich hin zu loserer Initiativen und individuellen Aktivitäten verlagert. Gleichzeitig lässt sich ein Wandel des Aktionsrepertoires feststellen, dass seit den späten 1960er Jahren nicht nur vielfältiger, sondern auch konfliktträchtiger geworden ist.“²⁷

„Seit einigen Jahren kehren die Proteste zurück“, schrieb Franz Walter kürzlich. „Stuttgart 21“, „Occupy“, „Acta“ – immer sind Arbeiter und Arbeitslose „hier rare Erscheinungen“, immer wird der Protest von situierten engagierten Bürgern mit zuweilen handfesten Interessen oder einer nachwachsenden Generation gut Gebildeter, Abiturienten und Hochschüler, getragen, nicht aber von der „Gruppe der Abgehängten“, der „Klasse der Bildungsarmen“.²⁸ Ob Prekäre und Niedrigentlohnte in den anstehenden Tarifkämpfen eine andere Rolle spielen, bleibt abzuwarten. Festzuhalten ist zunächst zweierlei: In den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit spielen „Einkommensarme“ und „Bildungsarme“ kaum eine Rolle, zumal keine prägende. Empirisch einigermaßen belegt ist die These, wonach das „bürgerschaftliche“ oder „zivilgesellschaftliche“ Engagement in der Tat eine Sache der Mittel- und Oberschichten ist, ebenso auf diesem Engagement aufsetzende Modelle zum Ausbau direkter Demokratie.²⁹

(16) **Die „soziale Schieflage“ hat sich deutlich bei der Wahlbeteiligung entwickelt.** Vergleicht man die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen für die fünf Einkommensquintile, so lag sie im unteren Einkommensfünftel 1988 nur 2,9% unter derjenigen im oberen Einkommensfünftel, 2010 aber um 32%.³⁰ Schäfer weist diese anwachsenden Unterschiede auch für die tatsächliche Wahlbeteiligung nach.³¹ Abnehmende Wahlbereitschaft führt in der Regel dazu, dass um diese Wählerschaften von den Parteien weniger geworben wird, ihre Interessen in Programm und Politik weniger Berücksichtigung finden und so der Eindruck bestätigt wird, dass sich für ohnehin „die Politik“ nicht interessiert. Warum sich die einkommensschwächere Mehrheit der Gesellschaft nicht zusammenschließt oder Parteien wählt, um ihre Interessen gegenüber der einkommensstärkeren Mehrheit durchzusetzen, kann hier nicht weiter verfolgt werden³², entscheidend ist, dass damit strukturell die Stimmen für eine politische Mehrheit der Mittel- und Unterschichten gegen die Gläubiger-Politik, gegen die Agenda der Vermögensbesitzer wenn nicht gänzlich fehlen, so doch nur sehr schwer zu gewinnen sind.

²⁷ Sebastian Bödeker: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier Nr. 1, Februar 2012, S. 18-23, Zitat S. 23.

²⁸ Franz Walter: Statuslabilität und Protest; in: wsi-Mitteilungen 2/2012, S. 84.

²⁹ Vgl. Bödeker a.a.O. sowie Johanna Klatt, Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft, Bielefeld 2011

³⁰ Bödeker, a.a.O. S. 34; Auswertung von Allbus-Daten.

³¹ Schäfer, Armin (2011): Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Evelyn Bytzek und Sigrid (Hrsg.) Roßteutscher (Hg.): Der unbekanntere Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 133–156.

³² Hinweise dazu bei Bödeker, Heitmeyer, Klatt, Schäfer.

(17) **Eine politische Arbeit für eine strukturelle linke Mehrheit findet gegenwärtig nicht statt. Im Gegenteil:** Die SPD setzt auf Verdrängung der Partei DIE LINKE aus den westdeutschen Landtagen und perspektivisch aus dem Bundestag, spätestens 2017.³³ Zugleich setzt sie der anhaltenden Demobilisierung eines Teils des linken Wählerpotentials („alte“ Arbeitnehmerschaft, bestimmte Schichten der Prekären usw.) nichts entgegen, sondern setzt auf die Konkurrenz mit Union und Grünen um den sozialen Kern des parlamentarisch-demokratischen Systems, der grundsätzlich „Wahlwilligen“, unter denen die Mittel- und Oberschichten mittlerweile dominieren. Gut möglich, dass sich 2012/2013 eine Große Koalition der Haushaltskonsolidierung durch Kürzung herausbildet. Die Welle von Rücktritten und Neuwahlen, der Absturz der FDP zeugen von erheblichen Instabilitäten im politischen System, die politisch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien als „staatstragende Parteien“ fördert, damit auch die Aussichten auf Richtungswahlkämpfe schmälert. Das gemeinsame Bekenntnis zur Schuldenbremse erlaubt auch eine Richtungsentscheidungen mehr

(18) **Organisationskonzepte, die wie etwa das Konzept des *community organizing* explizit die partizipatorischen Folgen sozialer Ungleichheit zum Ausgangspunkt machen, sind bisher eben so wenig entwickelt wie die Ansätze, neben dem Betrieb die Stadt zum Bezugspunkt linker Politik von unten zu machen.** Die „Schuldenbremse“ wird absehbar das Instrument sein, durch dessen Einsatz die Interessen des Geldkapitals auch zukünftig die politische Agenda bestimmen können. Das „Vertrauen“ in den Schuldendienst von Bund, Ländern und Gemeinden wird als höchstes politisches Gut gehandelt. Die Schuldenbremse ist umgekehrt aus Sicht der öffentlichen Haushalte, Güter und Leistungen die Fortsetzung der Finanzkrise und der politischen Ökonomie der Unsicherheit mit anderen Mitteln.

Wachsende soziale Ungleichheit bei Einkommen und Lebensqualität, fortwährende Umverteilung von den öffentlichen Kassen in die Taschen der Vermögensbesitzer fanden und finden ihren schleichenden Niederschlag vor allem im allmählichen Verfall von sozialen Nahräumen, in den Kiezen und in der sozialen Infrastruktur insbesondere der Städte. Hier, am Alltagszustand des Gemeinwesens, wird die Große Krise hierzulande am ehesten als kollektive Erfahrung greifbar. Hier wäre womöglich ein kollektiver Bezugspunkt zu finden, um eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie sozial zu verankern.

(19) **Die demokratische politische Auseinandersetzung kommt ohne ein Gegenüber nicht aus.** Die parteipolitischen Konstellationen müssen ein im gesellschaftlichen, sozioökonomischen System verankertes „Wir – Die“ ausdrücken, um einer womöglich sogar mobilisierenden Wahlalternative zu entsprechen. Das notwendig konfrontative „Wir-Die“ muss die Komplexität der Verhältnisse und die Vertracktheit der Rollen, die jeder alltäglich auszufüllen hat, angemessen berücksichtigen. Es muss ein Antagonismen sein, der anzieht, dem man sich über unterschiedliche Interessen in Bezug auf diesen oder jenen Aspekt des sozialen Daseins hinweg anschließen kann, der Unter- und Mittelschichten zusammenführt.

Der Ausgangspunkt kann nur das vermehrte Reden über die Gute Gesellschaft, über die Ziele und Werte des Wirtschaftens, des Wachstums, über die Gute Ordnung, über die Richtung sein – und dem, was dem entgegensteht. Es gibt keine Ökonomie und keine Gesellschaft ohne Moral, und die moralischen Werte der sozialen Gerechtigkeit, die Vorstellungen davon, was geht und was nicht mehr geht, sind lebendig und hinreichend offen und unbestimmt. Was muss eine gute Gesellschaft für jeden verfügbar machen, wenn Gleichheit und Gleichwertigkeit in Freiheit die Leitplanken sein sollen? Diese Frage führt über das bürgerliche Privateigentum, seinen Schutz und Eigenverantwortung hinaus. Sie überschreitet auch den Raum der individuellen sozialstaatlichen Sicherheitsansprüche, die aus der Lohnarbeit abgeleitet werden, also des „Sozialeigentums“, auf dem die soziale Bürgerschaft beruht und das das traditionelle Feld sozialdemokratischer Kompen-

³³ Dabei mag sie sich von Prognosen wie die von Manfred Güllner (Forsa) bestätigt fühlen, der annimmt, dass DIE LINKE es 2017 auf keinen Fall mehr in den Bundestag schaffen würde, und behauptet, dass die „demographische“ Entwicklung von Mitgliedern und Wählern und damit auch Themen diese Annahme sehr wahrscheinlich machen würden.

sationspolitik bildet. Sie führt direkt zur Frage des Gemeineigentums, der kollektiven Güter, von „open access“ und „open source“. Geredet wird über das „Gesellschafts-Notwendige“, und es lässt sich zugleich alltagstauglich auf der Ebene der Stadt darüber reden. Dabei geht es dann nicht nur um öffentliches Eigentum bei Wasser, Energie, Bildung, Lern- und Lehrmittelfreiheit, Gesundheit, sondern darum, wie in unzähligen Bereichen Zusammenleben produziert wird. Praktische Zuspitzungen wären denkbar: Schutz des Gemeineigentums in der Verfassung, verpflichtende Volksbefragungen vor jedem Verkauf öffentlichen Eigentums, weil der Staat oder Kommune lediglich Verwalter, aber nicht Eigentümer sind. Das „Gemeinsame“, welches für alle verfügbar sein muss, damit Gemeinschaft funktionieren und Gesellschaft Gleichwertigkeit ermöglichen kann, wäre einerseits der Versuch, aus den Widersprüchen der Gegenwart, national wie global, eine richtungweisende Erzählung zu entwickeln, andererseits wäre sie eine alltagstaugliche und praktische Verteidigungslinie gegen Schuldenbremse, Haushaltskonsolidierung und weitere Ausplünderung, hinter der sich unterschiedliche soziale Interessen versammeln könnten, auch weil ihr primärer Austragungsort kommunal wäre.³⁴

Es wäre weder der große Wurf noch die Beschreibung eines hehren Zieles. Es wären Schritte die einem „fortschrittlichen Konservatismus“ im Alltagsbewusstsein nahe kämen: „erhalten“, vielleicht „ausbauen“ statt „abschaffen“ als Grundmodus gesellschaftlicher Reformen. Ein chinesisches Sprichwort besagt: Nur ein dumme Bauer zieht an den Halmen des Hafers, um das Wachstum zu beschleunigen.

³⁴ Gemeineigentum, Gemeingüter als Zentrum einer linken Großerzählung zu setzen, bedeutet nicht, wie zuweilen missverstanden wird, Verteilungskämpfe, Arbeitnehmerrechte oder sozialstaatliche Sicherheiten gering zu schätzen. Vielmehr geht es darum, sie durch eine sinnstiftende und wertorientierte Erzählung über die Einrichtung einer lebenswerten Gesellschaft zu rahmen, eine Richtung beschreiben, für die linke Politik auch in diesen konkreten Auseinandersetzungen steht, aus der allein „politisches Kapital“ erwächst.